

Region Bern

## Parlamentarischer Gegenwind für Jugendrat

*WORB / Der Gemeinderat überprüft das Budget des Jugendrats auf eine Reduktion des Gemeindebeitrags. Dieser beträgt jährlich 19 500 Franken. Das Parlament hat ein entsprechendes FDP-Postulat überwiesen. Zu reden gab das heute vorab kulturelle Engagement des Jugendrats. Er müsse wieder politischer werden, war in der Debatte zu hören.*

Rebekka Reichlin

«Jugendpartizipation ohne Geld ist Beschäftigungstherapie» stand auf dem Transparent, das Mitglieder des Worber Jugendrates am Montagabend in die Parlamentsdebatte mitbrachten. Fast verschämt platzierten sie es vor der Tribüne, verdeckt von den SVP-Politikerinnen und Politikern - die das FDP-Postulat zur Reduktion des Gemeindebeitrags an den Jugendrat unterstützten. Der Jugendrat erhält für seine Arbeit jährlich 19 500 Franken. Diesen Kredit hat er jedoch nie vollständig ausgeschöpft.

Er attestiere dem Jugendrat Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit dem Geld, vor allem in den ersten Jahren seines Bestehens, sagte FDP-Sprecher Andreas Born. Weil aber immer genug Geld vorhanden gewesen sei, habe sich der Jugendrat «Luxus» geleistet. Ziel des Postulats sei, den Jugendlichen Leitplanken zu setzen, damit sie nicht dem unbeschränkten Konsum verfielen, sagte Born.

Das Postulat sei der Auftrag an den Gemeinderat, das Budget des Jugendrats zu überprüfen, sagte Gemeindepräsident Peter Bernasconi (sp). Dem stehe nichts entgegen, der Gemeinderat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. «Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass der Jugendrat seine Arbeit wieder politischer ausrichten muss.» Der Weg dazu führe jedoch nicht über eine Beitragskürzung, sondern über das Gespräch mit den Jugendlichen.

### «Unverständlicher» Vorstoss

Der Vorstoss der FDP sei ihm unverständlich, sagte Jonathan Gimmel (fww), der 1995 eines der Gründungsmitglieder des Worber Jugendrates war. Die Rechnerei der FDP sei «kleinbürgerlich». Die Gründer des Jugendrates seien sehr idealistisch gewesen. Die Praxis zeige nun, dass diese idealistische Grundidee nicht genau umgesetzt werden könne. Deshalb habe sich die Arbeit des Jugendrates teilweise mehr in den kulturellen Bereich verlagert. «Aber jeder Ausdruck von Jugendlichen ist letztlich ein politischer Ausdruck», betonte Gimmel. Wenn das Parlament das Gefühl habe, der Jugendrat erfülle seine Ziele nicht, so müsse ihm das kundgetan werden, beispielsweise indem eine interfraktionelle Kontaktgruppe das Gespräch aufnehme. Er wurde unterstützt vom ehemaligen Jugendratsmitglied Mark Böhringer (sp): Den Weg, Jugendliche mit Geld zu erziehen, finde er schlecht. Der Jugendrat sei nicht primär eine politische, sondern auch eine kulturelle Organisation, so Böhringer.

Das Parlament überwies schliesslich das Postulat mit 21 zu 15 Stimmen. «Wir geben nicht auf. Ihr hört noch von uns», riefen die abziehenden Jugendlichen den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu.

### «Eine Bestrafung»

Die jugendlichen Zuschauerinnen und Zuschauer seien entsetzt gewesen vom Entscheid, sagte Mario Caretti, Präsident des Worber Jugendrates gestern. «Sie dachten, das Budget werde sofort gekürzt, dabei wirds ja erst geprüft.» Er sei natürlich enttäuscht, dass das Postulat überwiesen worden sei. «Für uns ist es wie eine Bestrafung, obwohl wir immer verantwortungsvoll mit dem Geld umgegangen sind, deshalb haben wir ja den Kredit nie

ausgeschöpft.» Parlamentarierinnen und Parlamentarier stellten sich vor, die Jugendrätinnen und -räte müssten von Anfang an wie die Grossen politisieren. Dabei gehe es doch darum zu sehen, wie das System funktioniere. Die Jugendlichen lernten beispielsweise, Briefe oder Anträge zu formulieren oder welche Bewilligungen es brauche, um ein Konzert zu organisieren.

Früher seien die Mitglieder im Durchschnitt älter gewesen und hätten andere Interessen gehabt. Heute leiste der Jugendrat mehr kulturelle Arbeit. Diese sei aber ebenfalls wertvoll, weil damit auch Jugendliche an die Politik herangeführt würden, erklärte Caretti.

1995, als dieses Bild entstand, war der neu gegründete Worber Jugendrat noch politischer. Heute engagiert er sich vor allem kulturell. Archivbild Daniel Zaugg